

MB

Wohin steuern wir?

Wenige Wochen nur trennen uns von der neuen Ernte, es sind erfahrungsgemäß die schwierigsten eines jeden Kriegsjahres. Die alten Vorräte sind gelichtet und mit gespannter Erwartung harren wir auf jede reifende Frucht des Feldes und des Gartens. Der unleidliche Zustand, in dem wir jetzt leben, wird ertragen nur in der Anwartschaft auf den Wandel, der endlich eintreten muß.

In dieses Harren mischt sich eine quälende Sorge: Wohl haben wir einen halbwegs eingerichteten Ernährungsdienst und an Verordnungen und Erlässen fehlt es nicht, aber immer häufiger, in immer breiteren Schichten gebriecht es an dem Willen, die behördlichen Anordnungen zu erfüllen. Es fehlt an sozialer Gewissenhaftigkeit, ohne die ein Gemeinwesen nicht bestehen kann. Im Gegenteil macht sich in den ländlichen wie in den bürgerlichen Kreisen ein Gesetzesnihilismus breit, der die Ueberzeugung propagiert, alle Anordnungen seien schädlich, die beste Regelung seien freier Verkehr und hohe Preise, und das Klügste sei, jeden Interessenten schalten zu lassen, wie es sein privates Wirtschaftsinteresse gebiete. Allgemeine Nichtbefolgung behördlicher Anordnungen, selbst weitgehende Weigerung nachgeordneter Behörden, die gegebenen Weisungen durchzuführen, kennzeichnen den geltenden Zustand unseres Ernährungsdienstes. Man lebt immer offener nach dem Grundsatz: Helte jeder sich selbst! Er ist ja ganz nach dem Geschmack der Besitzenden, die selbst ohne Verordnungen noch immer am besten fahren. Diese Staatsmüdigkeit wird natürlich genährt durch verlockende Beispiele. Unsere Bourgeoisie wird gar nicht müde, das Leben in Budapest zu preisen, wo zwar alles unerhört teuer, dafür aber heute noch alles zu bekommen sei. Man vergißt dabei oder bedenkt nicht, daß gerade dieser gepriesene Zustand die breiten Massen zum Hungertod verurteilt. Denn sie sind auf dem Markte die schwachen Hände, sie sitzen am Orte fest und können den Vorräten nicht nachreisen und ihr beschränktes Einkommen macht beim Wettlauf der Preise ihren Atem zu kurz. Das Schlimmste dabei ist, daß die an Wohlleben gewöhnte Oberschicht in dem engen Kreise, in dem sie lebt, die Verweisung der Vorstädte und den Jammer der Industriestädte gar nicht wahrnimmt, daß also ihr Gewissen stumm und taub bleibt, während draußen die Not zum Himmel schreit.

Die Erfahrungen unserer Fett- und Milchversorgung, die schon heute rundweg als gescheitert erklärt werden muß, verraten die eingerissene Gesetz- und Gewissenlosigkeit deutlich. Es liegt auf der Hand, daß in einem Landbezirk, der gemeinlich weder zu- noch abführt, die ärmere Bevölkerung und insbesondere die Kinder der Armen bei dem Erzeugungsrückgang Milch nur bekommen können, wenn die oberen Schichten weniger erhalten, als sie zu genießen gewöhnt sind. Wir hören von zahlreichen Bezirkshauptmannschaften, daß sowohl die abnehmende Stadtbürgerschaft wie die Milchproduzenten jeder Regelung einen so eisernen Widerstand entgegensetzen, daß die Ortsbehörden sie für undurchführbar erklären, obwohl ganze Arbeiterdörfer durch Wochen schon keinen Tropfen Milch bekommen haben. Die Ablieferung von Butter wird in ganzen Gegenden unter den unglaublichsten Vorwänden vereitelt. In westböhmischen Bezirken mit ausgebreitetem Kartoffelbau war im Wege der Requisition keine nennenswerte Kartoffelmenge mehr zu finden, heute noch schicken jedoch die Hotelbesitzer der böhmischen Bäder ganze Trupps Leute mit Rucksäcken und Körben in dieselben Gegenden und bringen so ganze Waggonladungen mit Kartoffeln, allerdings zu Ueberpreisen, für ihre zahlungsfähigen Kurgäste auf. Die gleichen Methoden verhelfen ihnen zu Butter und Eiern. Die Arbeiterschaft dagegen, die in den Fabriken steht, besitzt weder Zeit noch Geld genug zu solchen privaten Requisitionen, sie ist auf den behördlichen Ernährungsdienst gänzlich angewiesen und dessen Versagen bedeutet für sie einfach das Verhungern.

Es gibt aus diesem Grunde kein frevelhafteres Verbrechen als das vom Segen des freien Handels. Das ist die bequeme Philosophie des Besitzes, dem das Schicksal des besitzlosen Nebenmenschen gleichgültig geworden ist.

Eine ähnliche Vorgangsweise verübt heute unsere Gemüse- und Obstmärkte wie unsere Fleischstände: die Haushaltungen der Reichen, die großen Gemeinschaftshaushalte (Wensonen und Sanatorien) sowie die vornehmen Restaurations- und Hotelwirtschaften haben alles, was da wächst oder sonst gewonnen wird, sich vorweg durch Verträge gesichert und der kleine Privathaushalt, selbst jener des mittleren Bürgers, geht leer aus. Bleibt trotzdem ein Weniges übrig, so müssen sich die Privaten stundenlang anstellen, um das Notdürftigste zu erhaschen. Das Anstellen ist zurzeit schlimmer als jemals und schon in den Abendstunden lagern sich ganze Scharen vor den Geschäftseingängen, die am nächsten Morgen geöffnet werden sollen. Wie sehr die Wiener Gemeindeverwaltung versagt hat, beweist die Tatsache, daß es jetzt, gegen Ende des dritten Kriegsjahres, damit ärger steht als zu irgend einer anderen Zeit oder an einem anderen Orte. Dabei genießt Wien den Vorteil, daß hier die Konsumentenorganisation rund eine halbe Million Menschen in den wichtigsten

Artikeln ohne Anstellen versorgt und damit das gestellte Problem für den vierten Teil der Einwohnerschaft tatsächlich gelöst hat. Diese Wahrnehmung legt wirklich den Gedanken nahe, den gemeindlichen Versorgungsdienst schrittweise aufzulösen und seine Opfer allmählich in die genossenschaftliche Organisation zu überführen — anders, so scheint es, werden wir mit der Anstellerei nicht fertig!

Das Ernährungsamt hat einen Erlaß herausgegeben, wodurch lokale Wirtschaftsämter zur Bewältigung des örtlichen Ausbringungs- und Verteilungsdienstes vorgesehen werden. Dieser Erlaß ist bis heute in dem größten Teil der Bezirkshauptmannschaften nicht durchgeführt und wo solche Ämter und Räte geschaffen worden sind, hat man in sie meist dieselben Leute berufen, die schon vorher den Ernährungsdienst durch ihre schamlose Interessenpolitik ruiniert haben, Vertreter der Produzenten, der Lebensmittelgewerbe oder des Lebensmittelhandels. Jene einzig vorgeschulten Kräfte jedoch, die sich schon im Frieden mit der gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Warenverteilung redlich bemüht haben, die Konsumvereine, werden noch immer durch die Engherzigkeit vieler Amtsleiter und Gemeinbedämter ausgeschaltet. Die wohlbedachte Anregung des Volksernährungsamtes, durch örtliche Wirtschaftsämter unter Heranziehung aller Klassen und Wirtschaftsgruppen, vor allem aber der Arbeiterschaft, ein Organ zur Ueberwindung der lokalen Ernährungsschwierigkeiten zu schaffen, ist zum größten Teil gar nicht beachtet, zum großen Teil jedoch vereitelt worden, das letztere zumeist aus kleinlichster Geschäftigkeit gegen die Arbeiterschaft und aus gemeinem Futterneid der Besitzenden, die von einer durchgreifenden Ordnung zunächst um ihren eigenen Magen Sorge haben.

Und dazu kommt noch vor der Ernte die rege Agitation der Agrarier für eine allgemeine Preissteigerung! Die Preisprüfungsstellen sind vom Ernährungsamt eingerichtet worden, um den Gerichten einen sachgemäßen Beirat für ihr Urteil in Preistreibereifällen zu geben. Nun benützen die Vertreter der Landwirtschaft diese Stellen geradezu als Hebel der Preistreiberei, indem sie dort Gutachten betreiben, die alle Behörden von der Notwendigkeit erhöhter Preise überzeugen sollen. Ihnen schließen sich sofort die industriellen und gewerblichen Erzeuger und Händler an! In diesem Geiste wird nun Ernährungspolitik betrieben und die ernste Frage erhebt sich: Wohin steuern wir?

Zur rechten Zeit hat der Verbandstag unserer Konsumvereine seine warnende Stimme erhoben und erklärt: Der Verbandstag sieht der Zukunft mit größter Besorgnis entgegen und lehnt jede Verantwortung für deren Gestaltung ab!